

PDG-Plenum
Dienstag, 14. Dezember 2021
Haushaltsdebatte – OB 40

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen in Regierung und Parlament,

es ist unausweichlich: Auch wenn es hier und jetzt um die Haushaltsplanung des Organisationsbereichs 40 geht, führt kein Weg an dem Thema vorbei, das uns inzwischen seit mehr als anderthalb Jahren fest im Griff hat und daher praktisch zwangsläufig meine Gedanken zum Haushalt 2022 entscheidend beeinflusst hat. Corona, Lockdown, Blase, R-Wert, Inzidenzzahl: Nur fünf der zahlreichen Begriffe, die uns in dieser für jeden von uns zu lange dauernden Ausnahmesituation so familiär geworden sind. Jammern hilft jedoch nicht, vielmehr sollten wir als politisch Verantwortliche die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass einerseits die Krise bewältigt wird und dass andererseits die sich aufdrängenden Konsequenzen und Lehren gezogen werden.

Nicht nur für den Kulturbereich drängt sich dabei eine Feststellung auf: Die Coronakrise hat aufgezeigt, wie wichtig es ist, die Digitalisierung in allen Lebensbereichen kontrolliert, aber mit voller Kraft, voranzutreiben. Das gilt im Besonderen für eher ländliche Gegenden, die für die Deutschsprachige Gemeinschaft ja so prägend sind. Denn auch nach einer möglichst zeitnahen Rückkehr in normalen Zeiten bietet die Digitalisierung Verbesserungen im alltäglichen Leben, die ihrerseits dem Standort Ostbelgien weitere Attraktivität verleihen.

Der Lebens- und Arbeitsort Ostbelgien benötigt weitere nennenswerte Anstrengungen in der digitalen Entwicklung, die mit größter Priorität vorangetrieben werden müssen.

Und diese Feststellungen haben durchaus ganz konkrete Querverbindungen zu unseren Zuständigkeiten, nicht nur, aber auch im Bereich der Kultur, im weitesten Sinne des Wortes. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die digitale Jugendarbeit oder den digitalen Zugang zu unseren Museen.

Die Regierung kann in diesem Zusammenhang nur ermutigen, die Handlungsempfehlungen, die sich aus der Studie des Wissenschaftlichen Instituts für Infrastruktur und Kommunikationsdienste zum Glasfaserausbau in Ostbelgien ergeben, mit Nachdruck zu verfolgen. Der Anspruch, Leben und Arbeiten hierzulande digitaler zu gestalten, und die Tatsache, dass es auf der Ostbelgien-Landkarte in Sachen Breitbandinternet noch immer weiße Flecken gibt, sind nicht miteinander vereinbar.

Wie jedes technische Mittel ist jedoch auch der digitale Zugang zu Informationen oder Dienstleistungen kein Allheilmittel und schon gar nicht wertfrei. Die letzten Monate haben uns beispielsweise schmerzvoll gelehrt, dass der unkontrollierte Umgang mit den sozialen Netzwerken durchaus zu einer Verrohung der Gesellschaft beitragen kann.

Worauf ich hinauswill? Wir müssen unsere durchaus lobenswerten Anstrengungen im Bereich der Vermittlung von Medienkompetenz deutlich verstärken. Neben den Schulen, die wir auch bei dieser Aufgabe nicht allein lassen dürfen und die selbst noch Anstrengungen im Bereich Digitalisierung unternehmen müssen, kommt meines Erachtens dem Medienzentrum dabei eine zentrale Rolle zu. Die Einrichtung selbst, zu deren Funktionskosten die Deutschsprachige Gemeinschaft rund 300.000 Euro beisteuert - in meinen Augen sehr gut angelegtes Geld-, hat selbst die Zeichen der Zeit erkannt. Es werden weniger analoge Medien angeschafft, dafür aber das Online-Angebot massiv aufgestockt, auch wenn dadurch weniger Leihgebühren generiert werden. Dabei sollte das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden: Die Haptik eines Buchs kann durch nichts ersetzt werden und daher sollte der Umgang mit demselben nicht vollständig aus dem Arbeitsfeld des Medienzentrums verschwinden. Begrüßen möchte ich in diesem Zusammenhang, dass das Medienzentrum in vielen Bereichen und Aspekten unterschiedlichste Formen der Kooperation mit lokalen und regionalen Partnern pflegt: mit dem Buchhandel, mit Verlagen, mit Kaleido, mit den Wohn- und Pflegezentren für Senioren, mit anderen Medienanbietern, mit den Schulen einschließlich der Autonomen Hochschule und neuerdings auch mit den Dorfhäusern und Dorfbüros. Es ist zu hoffen, dass diese Zusammenarbeitspolitik nach dem anstehenden Führungswechsel im Medienzentrum nahtlos fortgesetzt und wenn möglich sogar noch ausgebaut wird.

Wer Medienkompetenz thematisiert, der kommt nicht an der Bedeutung von Qualitätsjournalismus vorbei. Neben der in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockten Zuschüssen für die geschriebene Presse lässt meines Erachtens die Umsetzung des Programms für die Förderung des Journalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu lange auf sich warten und liegt auch deutlich hinter dem eigenen, im REK formulierten Zeitplan. Der alleinige Verweis auf die starke Belastung des juristischen Dienstes im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft stimmt mich unzufrieden. Wenn uns dieses Thema wichtig ist, dann sollten die dafür erforderlichen Ressourcen auch freigemacht werden. Aber vielleicht kann die Ministerin in dieser Hinsicht ja inzwischen Vollzug melden.

Werte Kolleginnen und Kollegen in Regierung und Parlament, die Deutschsprachige Gemeinschaft wird auch im kommenden Jahr rund 20 Millionen Euro im Organisationsbereich 40 zur Verfügung stellen. Damit unterstützen wir unser ureigenes Alleinstellungsmerkmal, die Kultur, in gebührendem Maße. Geld macht zwar keine Kultur, Geld sorgt aber dafür, dass Kultur und Kulturschaffende überleben können. Dieser Überlebenskampf hat sich seit März 2020 deutlich verschärft. Und in dieser Hinsicht, dürfen wir, als die die Regierung stützende Koalition, durchaus ein wenig Stolz an den Tag legen.

Die von der Regierung in die Wege geleiteten Zuschuss- und Ausfallgarantien, beispielsweise im Förderprogramm Kultur macht Schule oder den Zuschüssen für Personal- und Funktionskosten der unterschiedlichsten Kulturschaffenden, haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass unser Kultursektor bisher noch nicht ausgetrocknet ist. Das ist alles andere als Luxus, denn Kultur ist ähnlich lebenswichtig wie das sprichwörtliche tägliche Brot.

Es kann jedoch nicht im Sinne des Erfinders, sprich der Förderinstanz, sein, wenn diese der Bestandssicherung gewidmeten Gelder der öffentlichen Hand zweckentfremdet werden, um Impfgegnern die Kosten von Coronatests zurückzuerstatten.

Intensiv sollen wir in den kommenden Monaten verfolgen, mit welchen Post-Corona-Spätfolgen unsere Bibliotheken und Museen in den kommenden Monaten und Jahren konfrontiert werden müssen.

In diesem Zusammenhang stellt sich mir die Frage, ob und wenn ja, mit wie vielen zusätzlichen Kosten die Übertragung der Trägerschaft für den Rechter Schieferstollen hin zur Autonomen Gemeinderegierung der Stadt St. Vith verbunden sein könnte. Müsste das nicht kostenneutral sein?

Nicht schließen möchte ich ohne auf zukünftigen Aufgaben für Legislative und Exekutive in ihren Rollen als Gesetzgeber und der praktischen Umsetzung von Regelwerken hinzuweisen. Sowohl bei der Reform der Bezuschussung der Bibliotheken und kreativen Ateliers, der Neuordnung der Einstufung der Theatervereine sowie der Durchführung der coronabedingt verschobenen Einstufungen der Chöre und Instrumentalensembles sollte ein gesunder Mittelweg zwischen Fordern und Fördern gefunden werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Petra SCHMITZ – ProDG-Fraktion
PDG-Plenum**

Es gilt das gesprochene Wort.